

Österreichischer Städtebund, Landesgruppe Kärnten, präsentiert 6-Punkte-Programm für Kärntens Zukunft

Am gestrigen Donnerstag, 16. März, begannen die Koalitionsgespräche zwischen SPÖ und ÖVP zur Bildung einer neuen Landesregierung. Der Österreichische Städtebund, Landesgruppe Kärnten, hat dazu ein umfangreiches 6-Punkte-Programm erarbeitet, um auf dringende Fragen Antworten zu finden und Kärntens Zukunft zu gestalten.

Die aktuelle weltpolitische Lage sowie die „Multikrisensituation“ mit Teuerung und Inflation, haben auch Kärntens Städte und Gemeinden vor noch nie dagewesene Herausforderungen gestellt. Städte und Gemeinden sind mit ihrer Innovationskraft das wesentliche Zugpferd für eine dynamische und zukunftsorientierte Entwicklung Kärntens. „Um die bestehenden Herausforderungen gemeinsam mit dem Land Kärnten bestmöglich für unsere Bürgerinnen und Bürger zu lösen, haben wir als Interessensvertretung parteiübergreifend ein Positionspapier erarbeitet. In diesem haben wir versucht aktuelle Problemstellungen aufzuzeigen, aber auch Lösungsansätze zu liefern“, sagen Städtebund-Obmann Bürgermeister Günther Albel und seine Stellvertreter Christian Scheider, Hannes Primus und Martin Kulmer. Sie sehen vor allem die Fertigstellung der Koralmbahn als „Gamechanger“. „Die Koralmbahn eröffnet Kärnten enorme Chancen, um im Wettbewerb unter den Regionen Bestand zu haben. Ein kluges Agieren anstelle eines bloßen Reagierens wird daher für die kommenden Jahre von zentraler Bedeutung sein“, sagen Albel, Scheider, Primus und Kulmer.

Mit dem gestrigen Tag haben nun die Koalitionsgespräche zwischen SPÖ und ÖVP zur Bildung einer neuen Landesregierung für die Legislaturperiode von 2023 bis 2028 begonnen. „Mit unserem Punkteprogramm wollen wir bereits Themenstellungen für ein Regierungsprogramm ansprechen und damit fordern, unsere Anregungen auch in dieses aufzunehmen. Als Landesgruppe Kärnten wollen wir weiterhin ein verlässlicher Partner sein, wenn es darum geht, das Bestmögliche für unser Kärnten zu erreichen“, sagt Günther Albel. Diese Punkte hat der Städtebund als besonders wichtig hervorgehoben:

Folgende Punkte fordert der Städtebund:

- 1.) Weniger Bürokratie und ein Ende des Transferdschungels
- 2.) „Luft zum Atmen“ - dringende finanzielle Maßnahmen für Kommunen notwendig!
- 3.) Leistbares Wohnen anstelle von Spekulationen
- 4.) Mobilität – nachhaltig und zukunftsweisend
- 5.) Volle Energie für die Erneuerbaren
- 6.) Kompetenzdschungel raus aus der Bildung

1) Weniger Bürokratie und ein Ende des Transferdschungels

Laut der Landesregierung soll die Frage der Transferbeziehungen zwischen Land und Gemeinden und deren Entflechtung in das neue Regierungsprogramm aufgenommen werden. Damit sollen klarere und transparentere Regelungen angestrebt werden. „In Kärnten ist die Belastung durch Umlagen am dritthöchsten. Dadurch werden die finanziellen Handlungsspielräume der Gemeinden im Vergleich überdurchschnittlich stark eingeschränkt. Mit der Entflechtung des sprichwörtlichen Transferdschungels können Gemeinden und Städte deutlich entlastet werden“, sagt Albel. So seien die Transferausgaben von 2010 bis 2019 mit 54 Prozent wesentlich stärker gestiegen, als die Transfereinnahmen mit 38 Prozent. „Der Städtebund fordert die rasche Einberufung einer Arbeitsgruppe zur Transferentflechtung und Überarbeitung des Umlagensystems wie vereinbart.

2) „Luft zum Atmen“ – Dringend finanzielle Maßnahmen für Kommunen notwendig!

Bereits aufgenommen hat das Land Kärnten Gespräche mit dem Städtebund zu den enormen zusätzlichen Aufwendungen für den Gesundheits- und Sozialbereich. Erste Einigungen gibt es dahingehend, dass Städte, Gemeinden und das Land Projekte priorisieren, wo bereits entsprechende Förderschienen existieren. Gleichzeitig wurde vereinbart, dass Land, Städte und Gemeinden beim Bund gemeinsam für eine Verschiebung von Mitteln im Rahmen des vertikalen Finanzausgleichs zugunsten von Ländern und Gemeinden eintreten. Vor allem fordert der Städtebund die Umsetzung eines weiteren Gemeindehilfspaketes zur Abrufung der Bundesmittel aus dem Kommunalen Investitionsgesetz. Weiters wären aus Sicht des Städtebundes dringende Indexierungen und Anpassungen in vielen Verwaltungsbereichen notwendig.

3) Leistbares Wohnen anstelle von Spekulationen

Vor allem leistbares Wohnen ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Die Entwicklung am Immobiliensektor führte in den vergangenen Jahren zu einem drastischen Preisanstieg des Baulandpreises. Dies führt zur Verknappung von leistbarem Wohnraum, bereits die Zweitwohnsitzabgabe hat mit Schlupflöchern den Leerstand massiv begünstigt. Ebenso wurden die Höchstsätze für die Zweitwohnsitzabgabe seit 2014 nicht mehr angepasst. Mit Jänner 2023 hat sich eine Arbeitsgruppe des Städtebundes mit dieser Problematik beschäftigt und dem Gemeindereferat einen Gesetzesvorschlag zur Novellierung der Zweitwohnsitzabgabe mit der Einführung einer Leerstandsabgabe übermittelt. Der Städtebund regt hier aufgrund der Dringlichkeit eine vorgereichte Behandlung dieses Themas sowie die Festlegung von berechtigten Ausnahmefällen an.

Auch das Horten von Bauland führt zu einer künstlichen Verknappung und zu einem rasanten Anstieg des Baulandpreises und somit zu einer Reduktion von leistbarem Wohnen. Der Traum vom Eigenheim bleibt oftmals nur ein Traum. Durch die Einführung einer Baulandmobilisierungsabgabe soll Bauland insgesamt leistbarer werden.

4) Mobilität – nachhaltig und zukunftsweisend

Mit der Fertigstellung der Koralmbahn wird ein neuer Zentralraum – Südösterreich geschaffen. Es bedarf hier aus Sicht des Städtebundes eines klugen Agierens statt nur Reagierens. Notwendig sind neue Strategien für die Nutzung und Entwicklung der neuen Standortvorteile. Dies wird maßgeblich für einen Erfolg dieses Jahrhundertprojektes verantwortlich sein.

Der Güterverkehr in und durch Österreich wird Prognosen zufolge bis 2040 um rund 45 % zunehmen. Vier der europäischen TEN-V-Kernnetzkorridore verlaufen durch Österreich. Der Güterverkehr in der EU nimmt auf der Straße deutlich stärker zu als auf der Schiene und in Österreich stieg der Gütertransport im vergangenen Jahrzehnt stärker als im EU-Schnitt. Der Zuwachs auf der Straße war mit 21 Prozent fast doppelt so hoch wie auf der Schiene mit 12 Prozent. Zudem schlägt sich der stark steigende Lkw-Verkehr auch in Österreichs Klimabilanz nieder. Der Städtebund schlägt daher eine Initiative zur Förderung der Reaktivierung von Anschlussbahnen, sowie eine Verladeförderung für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene nach dem Vorbild Salzburgs vor.

Der Ausbau des städtischen ÖVs ist notwendig, um die Klimaziele zu erreichen. Es ist daher geboten, jetzt die Mittel für den Ausbau des städtischen ÖVs in die Hand zu nehmen, anstatt zu einem späteren Zeitpunkt Strafzahlungen zu leisten. Hier wäre eine massive Unterstützung des Landes bei den Eigenmittelanteilen der Städte und Gemeinden sowie bereits für die Beantragung von Förderansuchen dringend erforderlich.

5) Volle Energie für die Erneuerbaren

Aus Sicht des Städtebundes führt kein Weg am deutlichen und raschen Ausbau erneuerbarer und unabhängiger Energiequellen vorbei. Er fordert daher die Freigabe geeigneter Freiflächen für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen durch das Land Kärnten. Bisher hat das Land dieses Ansinnen mit Sorge vor Bodenverlust abgelehnt und stattdessen PV-Anlagen auf Häusern forciert. „Wir wollen erreichen, dass Kommunen in Zukunft unter bestimmten Bedingungen PV-Anlagen auf Freiflächen errichten dürfen und haben dazu einige Eckpunkte erarbeitet“, sagt Städtebundobmann Günther Albel. Einige Kriterien daraus:

PV-Anlagen auf Freiflächen sollen nur dann errichtet werden dürfen, wenn das Dachflächenpotenzial dieser Gemeinden bereits erschöpft ist, das fragliche Grundstück muss sich im Besitz der Gemeinde befinden, die Anlage darf nur den eigenen Strombedarf abdecken, und weitere Voraussetzungen. Dazu regt der Städtebund eine Anpassung der aus dem Jahr 2013 stammenden Photovoltaikverordnung gemäß den aufgezeigten Eckpunkten sowie die Überarbeitung des Energiemasterplans für einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energieträger an.

6) Kompetenzdschungel raus aus der Bildung

In den vergangenen Jahrzehnten lässt sich eine Tendenz der Übertragung von Aufgaben an die Schulerhalter feststellen. Zu den ursprünglichen Aufgaben (Erhalt des Schulgebäudes und der Liegenschaften, Reinigung, Beleuchtung, Beheizung, Ausstattung etc) wurden in den vergangenen Jahrzehnten durch die Landesgesetzgebung viele zusätzliche Aufgaben überwältigt. So besteht aus Sicht des Städtebundes die Notwendigkeit, einzelne Aufgaben zu evaluieren und bei Bedarf umzuverteilen. „Wir regen eine Kompetenzbereinigung an und schlagen eine klare Regelung der Zuständigkeiten zwischen Bildungsdirektion, Land Kärnten und Gemeinden vor, sowie eine Novellierung des Kärntner Schulgesetzes“, sagt Obmann Albel.

Das 6-Punkte-Programm des Städtebundes beinhaltet außerdem zahlreiche weitere Unterpunkte, um Optimierungspotenziale zu nutzen, und wichtige Reformen in unterschiedlichen Themenbereichen umzusetzen. Das Programm wurde heute den Parteichefs und Klubobleuten der verhandelnden Parteien übermittelt.

Rückfragehinweis für Medien:

Österreichischer Städtebund – Landesgruppe Kärnten,
Landesgeschäftsführer Mag. Arnold Muschet
T 0664 60 205 1670 E arnold.muschet@villach.at